

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Annoncenpreis:** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Sport, Lust und Leid monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 3.50 M. Erchein täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
**Redaktion:** Zeitungsplatz 10. Tel. 25 281.  
**Sperrkarte:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Zeitungsplatz 10. Tel. 25 281.  
**Gefachzeitung:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.  
**Inserte:** werden die gespaltene Zeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskunden. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44. | Dresden, Donnerstag den 22. Februar 1917. | 28. Jahrg.

## Steuerfischen und Steueranbieten.

Von W. Reil.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung für 1917 ist für die breiten Massen des deutschen Volkes und selbst den vorläufigen größten Teil der Reichstagsmitglieder wieder überaus schwierig. Und keine angenehme, soweit die Höhe und Verteilung der Steuern in Frage kommt.

Trotzdem steht fest, daß neue, ertragreiche Steuerquellen gefunden werden müssen. Die im letzten Jahr bewiesenen Steuern reichten gerade für die dringenden Ausgaben nach dem Stand bei Beginn des Rechnungsjahres 1916 aus. Bei Beginn des Rechnungsjahres 1917 wird sich aber der Jahresertragsbedarf leicht um eine Milliarde Mark höher belaufen als vor dem letzten Jahr. Dieser Bedarf muß gedeckt werden. Selbst die deutschen Volkserwerber sind nicht so fähig, die gesamte Steuerlast zu tragen, die der Krieg notwendig macht, bis zu dem Punkt, an dem die Kriegsdienstverweigerung einsetzt, mit der uns nach ihrer Ansicht die gegnerischen Länder bis auf Heller und Pfennig schadenlos halten sollen. Der Reichstag hat, als er noch Reichstagsmitglied war, die dringenden Forderungen der Regierung in der Tat erfüllt, ja auch bereits dahin gebracht, daß selbst die noch so feigen, selbstverleugenden Querschnitte zu rechnen sei, wenn wir die auch von ihm damals zu knapp abgegebene Kriegsdienstverweigerung bekommen. Aber nach wem wir nichts Geringeres von einer Kriegsdienstverweigerung erwarten. Wie wir wissen, daß die bis zum deutschen Ende erwachsene Kriegslast alles in allem um weit hinter den letzten Summe von 100 000 000 000 M. — Hundert Milliarden Mark! — zurückbleibt.

Das Summenvermögen ist groß genug, um uns durch die Steuerfische der Regierung eigentlich nicht mehr „über den Kopf zu ziehen“. Ueberhaupt ist man auch nur über die Steuerfische.

## Englische Angriffe südlich Armentieres zurückgeworfen. — Russische Unternehmungen südöstlich Riga und am Narocz-See gescheitert.

(M. I. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1917.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Seereschlacht am 22. Februar.**  
Südlich von Armentieres drangen nach starker Feuerwirkung mehrere englische Kompanien in unsere Stellung; heftiger Gegenangriff warf sie sofort hinaus. Bei Zerstörung der Gräben wurden 200 tote Engländer gezählt, 30 Mann gefangen zurückgeführt. Gefangene Gegenstände des Feindes südwestlich von Armentieres, südlich des La-Basse-Roads und zwischen Armentieres und Somme schlagen fehl.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

**Seereschlacht am 22. Februar.**  
Südlich von Riga und am Narocz-See drangen russische Unternehmungen russischer Abteilungen die Kompanien zurück.

Bei Zufuhr an der Schifffahrt und an mehreren Stellen zwischen dem Dnjepr und dem Waldkarpaten wurden einige Handkriege von unseren Sturmtruppen erfolgreich durchgeführt.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Joseph und der Generalgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madsen herrschte bei Schneestößen nur geringe Gefechtsintensität.

Mazedonische Front:  
Ostlich des Barbar versuchten sich Engländer vor unserer Stellung einzunehmen; sie wurden im Handgranatenkampf zurückgeworfen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Die Wirkungen des U-Bootskrieges.

† Stockholm, 22. Februar. Nach aus England kommenden Mitteilungen hat die Verhinderung des deutschen U-Bootskrieges in erster Linie in London tiefen Eindruck gemacht, besonders deshalb, weil England nur für etwas über einen Monat Lebensmittel vorrätig habe.

† Amsterdam, 22. Februar. Der holländische Dampfer Driebergen ist versenkt worden.

† Amsterdam, 22. Februar. In einer Versammlung holländischer Kaufleute und Steuerleute wurde beschlossen, nur auszuführen, wenn zwei deutsche Schiffe die freie Durchfahrt durch die Sperrgebiete gestattet haben. Ferner wird verlangt, daß die Schiffe unter Bedeckung fahen.

† Haag, 22. Februar. Zur Verhinderung der beiden im englischen Dienst fahenden holländischen Schiffe Colmarum und Transporenberg schied der Haager Courant vom 21. Februar: Keine Schiffe waren mit aufgegebenen Kohlenladungen für englische Nachschub von Holland nach Ost-Indien unterwegs. Das sind die ersten beiden Schiffe des Handels, den die belarischen Schiffe der Rechte der kleinen Nationen von uns fordern.

### Hungerzustände in Neuyork.

† Neuyork, 21. Februar. Der Bürgermeister empfing zwei Abordnungen aus den östlichen Vierteln, die baten, die Notwendigkeit einige Millionen Dollar zum billigen Einkauf und Weiterverkauf von Lebensmitteln zur Verfügung stellen. Der Bürgermeister versprach Besserung der jetzigen Hungerzustände.

Wir werden noch in einem Gedanken, in den uns die deutsche Demokratie geführt hat und der in der Vergangenheit auch sein gutes hatte. Wir sehen es nicht unsere Aufgabe an, uns den Kopf der Regierung über die Dinge, die sie der Gesetzgebung vorschlagen will, zu setzen. Wir lassen die Dinge an uns herankommen. Etwas mehr als diese alte Abneigung gegen die Auffassung eines Steuerprogrammes im vorigen Jahre sogar so weit gehen, daß er als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Ausschuss gegen den sozialdemokratischen Tag stimmte, der einen kräftigen Ausbau der Erbschaftsteuer bewog und dessen Ertrag die Verlehrs- und Verkehrssteuern ersetzen sollte. Er rechtfertigte seine Haltung mit, daß es nicht die Aufgabe der Abgeordneten sei, der Regierung Steuern „anzubieten“.

Reicher pflegten die der Regierung kritisch gegenüberstehenden Abgeordneten es als besonders zu bezeichnen, wenn „auf Vorrat“ zu bewilligen. Das war ein ganz richtiger Gedanke. Die Volksvertretung hat erst die Verordnungsgebungs- und Prüfungs- und Steuererhebungs- und dann können sie mehr zu genehmigen, als für die aufgestellten Gebraucht werden. Nicht sich aber diese alte Praxis der gegenwärtigen Finanzpolitischen Lage des Reichs noch weiter erhalten?

Quelle handelt es sich nicht um Ausgaben, die man genehmigen oder nicht genehmigen kann. Es handelt sich um Aufwand für die Sicherung der nationalen Selbstständigkeit des deutschen Volkes. Für diesen Zweck sind große Ausgaben notwendig und notwendig, lange bevor der Reichstag an Steuererhebung herantritt. Bei der Entscheidung über Steuerfragen hat jetzt der Reichstag nicht mehr zu prüfen, die Ausgaben nicht vermieden werden können, sondern nur dafür zu sorgen, daß gerecht witzende Steuern erhoben werden. Die Pflicht obliegt insbesondere den sozialdemokratischen Volksvertretern. Wollen sie gerecht werden, so dürfen sie niemals nicht warten, die Regierung mit ihren Vorschlägen an die Debatte zu stellen, sie müssen vielmehr rechtzeitig mit eigenen Vorschlägen hervortreten. Dabei darf sie auch der Einwand, unter den heutigen Verhältnissen ein ganz trügerisch ist, abhalten, daß sie der Regierung Steuern „anzubieten“. Wenn sie die Vorschläge der Regierung ab, dann ist es gleich, ob sie sie. Die Steuerentlastung der Regierung, für die sie sich übrigens in voraus möglichst eine Mehrheit zu suchen, werden so leicht nicht bekommen. Werden aber nicht von einer großen politischen Partei Steuern vorschlagen und öffentlich bekämpfen, die die Zustimmung des Reichstages finden, so fällt es der Regierung schwerer, mit ungerechten Massenbelastungen durchzuführen.

Im vorigen Jahre hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag vor der Bekanntgabe des Steuerprogramms der Regierung den Antrag gestellt, einen neuen Steuerbeitrag zu erheben. Der Antrag hat zwar keine Mehrheit gefunden. Als aber der Reichsfinanzminister den Antrag in der ersten Ausschussberatung doch,

den Beirbeitrag hineinzubringen, und in der zweiten Beratung vermochte ihn die Regierung nur zu entfernen mit dem Zugeständnis einer Kriegsgeldsteuer, die auch von allen nicht gesteuerten und nicht um mehr als 10 Proz. gesteuerten Vermögen von mehr als 20 000 Mark zu erheben ist. Daneben hat die sozialdemokratische Fraktion im vorigen Jahre den Ausbau der Erbschaftsteuer vorgeschlagen. Regierung und Reichstagsmehrheit haben den Vorschlag „für die Gegenwart“ abgelehnt. Man hätte erwarten können, daß die Regierung auf diesen Vorschlag mit ihrem diesjährigen Steuerprogramm zurückgekommen wäre. Wenn sie das nicht tat, so haben wir das vielmehr zum Teil selbst verschuldet, indem wir in den letzten Monaten von diesen wichtigen Fragen zu wenig gesprochen haben. Natürlich wird die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag jetzt ihren vorjährigen Vorschlag wieder aufnehmen. Sie wird daneben auf eine erheblich schärfere Erfassung der Kriegsgeldgewinne hinwirken, als die Regierung vorschlägt, sie wird auch die Frage der allgemeinen Vermögensbelastung zugunsten des Reichs wieder aufrollen. Der Verlehrs- und Verkehrssteuern und des Verkehrs, die an die Bundesstaaten der Produktion rührt und die in der Konsequenz zur weiteren Verlehrs- und Verkehrssteuern führt, wird sie nicht zustimmen. Aber diese unumgänglichen Steuererhebungen der Regierung werden ihr Gelegenheit bieten, die Frage des Bergbau- und des Kohlenhandelsmonopols aufzurollen. Hier liegen allerdings, wie Genosse Quis in dem soeben im Vorwärtsverlag erschienenen Buche „Monopolfrage und Arbeiterklasse“ zeigt, Schätze verborgen, die heute dem Reichskapital ungeheure Jahresrenten liefern, die aber das Reich mit leichter Mühe sich nutzbar machen könnte. Ferner wird die Frage der deutschen Verlehrs- und Verkehrssteuern und der Verlehrsvereinfachung gründlich zu prüfen sein, bevor man eine wirtschaftlich hemmende Verlehrssteuer beschließt. Weit größere Summen, als die Regierung in diesem Jahr begehrt, können aus diesen Quellen gewonnen werden ohne Belastung der arbeitenden Volksmassen. Die sozialdemokratische Fraktion wird, indem sie die ungerechten und reaktionären Steuerentlastungen der Regierung bekämpft, sich nicht scheuen, diese größeren Steuerentlastungen der Regierung „anzubieten“. Denn mit jeder Million, um die wir jetzt schon die Kriegslasten des Reichs vermindern, erleichtern wir dem deutschen Volke eine auf lange Jahre zu tragende Last.

Führungen, daß die Erwartungen, die die Marine auf den uneingeschränkten U-Bootskrieg gesetzt habe, nicht nur erfüllt, sondern überboten worden seien. Bei der systematisch durchgeführten Verschleierung, deren sich vor allem die englische Presse in Bezug auf Schiffsverlustungen auf Veranlassung der Regierung bediente, sei es naturgemäß schwierig, schon jetzt mit sicheren Zahlen hervortreten. Sehr erfreulich sei, daß keine Veranlassung vorliege, mit dem Verlust auch nur eines Bootes seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootskrieges zu rechnen. Die Abwehrmaßnahmen, von denen in der englischen Presse und im englischen Parlament so viel Wesens gemacht werde, hätten sich nach den Meldungen der zurückgekehrten U-Boote in normalen Grenzen. In der Nordsee herrsche so gut wie kein Schiffsverkehr. Die neutrale Schifffahrt sei offenbar so gut wie eingestellt.

Der Staatssekretär des Innern wies auf die starke Verschlechterung der Versorgung Englands mit unentbehrlichen Bedarfsgütern (Lebensmitteln, Rohstoffen) und der Kohlenversorgung der Alliierten und Neutralen durch England im Dezember 1916 hin. Der Rückgang gegen Dezember 1915 sei erheblich größer als der Durchschnittsrückgang des ganzen Jahres 1916 gegen 1915. Die Zahlen zeigten, daß die britische Versorgung nicht an dem Wirtschaftskreislauf herangeht. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkte könne mit aller Bestimmtheit auf die vollständige Erfüllung aller an den U-Bootskrieg geknüpften Erwartungen gerechnet werden. (Beifall.)

Nach Eintritt in die Tagesordnung erging der Staatssekretär des Reichsschatzmeisters Graf von Helldorf das Wort zu eingehenden vertraulichen Ausführungen über die finanzielle Lage. In der Mittagspause wurde die vertrauliche Aussprache über die politische Lage fortgesetzt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nahm zu den Ausführungen der Mitglieder des Ausschusses mehrfach das Wort. Dabei wurden u. a. die Angaben der Presse über Verhandlungen mit Dänemark und angebliche Entwürfe über Verlehrs- und Verkehrssteuern mit Amerika erörtert. Die Ausführungen, die der Staatssekretär Helldorf abgab, wurden allgemein gebilligt.

## Die U-Bootskrieg-Erfolge im Hauptanschnitt des Reichstags.

Im Anschluß an die Mitteilung über die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages wird aus Berlin noch gemeldet: Im Reichstagsausschuß betonte der Staatssekretär des Reichsmarineamts in Kopenhagen, am Schluß mit lebhaftem Beifall begrüßten Aus-

## Die Leistungsmöglichkeit der U-Boote.

Die Weite des Raums, die als Sperrgebiet bezeichnet ist, mag manchen den Gedanken nahelegen, daß in dieser Ausdehnung eine wirksame Tätigkeit eigentlich ausgeschlossen sei. Sieht man jedoch näher zu, so zeigt sich, daß, nach der Art der modernen Schifffahrt beobachtet, die Räume fast zu sammenschließen. Im Grunde sind es zunächst die Ein- und Ausfahrten einer beschränkten Anzahl großer Schiffe, auf die das Augenmerk gerichtet werden muß. Denn mit der wachsenden Größe der Schiffe hat sich die Zahl der Häfen, deren Einlage, deren Lade- und Löscheinrichtungen dem Verkehr großer Fahrzeuge dienen können, wesentlich verringert. Der moderne Verkehr der großen Schiffe beruht fast auf bestimmter großer Seeplätze. Vor diesen betrieblen sich die Schiffsflotten auf, suchen und hier ist das weite Sperrgebiet der U-Boote.